



## **ASIEN/PHILIPPINEN - Human Rights Watch fordert Bekämpfung willkürlicher Hinrichtungen: sie sind ein Attentat gegen die Demokratie**

Manila (Fides) – Die philippinische Regierung tut nicht genug für die Bekämpfung außergerichtlicher Hinrichtungen, die seit Jahren straffrei bleiben: dies beklagt die Nichtregierungsorganisation “Human Rights Watch” (HRW) und weist dabei auf die Gefahr hin dass, “diese Praxis auch von Mitarbeitern der Stadtverwaltungen und der Polizei als eine Art absurde Kriminalitätskontrolle befürwortet wird“. Wie aus einem jüngst von HRW veröffentlichten Bericht hervorgeht gab es in der Zeit zwischen 2008 und 2013 auf den Philippinen insgesamt 298 außergerichtliche Hinrichtungen, die nicht strafrechtlich verfolgt wurden. Bei den meisten Opfern handelt es sich um Drogendealer, Kriminelle und Straßenkinder, doch es befinden sich auch Menschenrechtsaktivisten, Anwälte, Gewerkschafter und Priester unter ihnen. Zu Letzteren gehören auch P. Fausto Tentorio, PIME, der 2011 auf der Insel Mindanao ermordet wurde, und der katholische Priester Cecilio Lucero, der im September 2009 in der Provinz Nord Samar, südlich von Manila gewaltsam ums Leben kam. Das Phänomen, so die Nichtregierungsorganisation beschädige auch das Image der Philippinen im Ausland. HRW bekräftigt in diesem Zusammenhang: “Präsident e Benigno Aquino hat die Morde der Todesschwadronen insbesondere auch in den städtischen Gebieten größtenteils ignoriert”.

Das Problem der straffreien Morde belastet das Land seit über einem Jahrzehnt. Nach Ansicht von Bürgerrechtlern sind dafür vor allem die so genannten „Todesschwadronen“ verantwortlich, denen ehemalige Mitglieder der Armee oder paramilitärischer Gruppen sind. 2010 prangerte die Organisation “Karapatan” (“Bündnis für die Förderung der Bürgerrechte) zahlreiche willkürliche Hinrichtungen von Anwälten, Richtern, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten an. Während der acht Jahr der Regierung unter Gloria Macapagal Arroyo – der Vorgängerin von Benigno Aquino jr – gab es 1.118 außergerichtliche Hinrichtungen, davon 1.026 Fälle der Folter und 1.946 willkürliche Festnahmen sowie über 30.000 Aggressionen und 81.000 Einschüchterungsversuche. (PA) (Fides 24/5/2014)